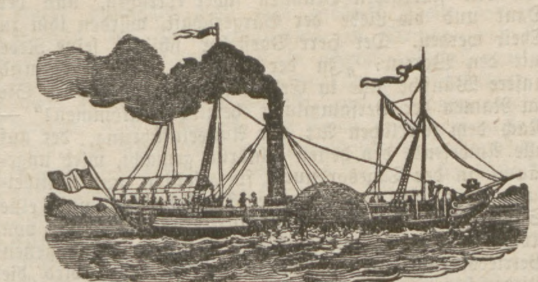
Danziger Dampfboot.

№ 35.

Mittwoch, den 11. Februar.

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Illgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 10. Februar. Bei der heute angefangenen Ziehung der 2. Klasse 127. Königl. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 10,000 Thlr. auf Nr. 5989; 1 Gewinn von 4000 Thlr. auf Nr. 11,132; 2 Gewinne zu 600 Thlr. fielen auf Nr. 72,907 und 79,706; 3 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 4240. 62,872 und 86,670 und 6 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 8926. 33,491. 40,165. 48,504. 54,941 und 67,193.

Telegraphische Depeschen.

Lemberg, Montag 9. Februar, Abends.

Die Russen haben Zawichost (an der Weichsel unterhalb des Einflusses des San) genommen und verfolgen die Insurgenten, die sich nach Sandomir zurückziehen. Bei Sclupca (im Radomschen) hat ein einstündiges Gefecht stattgefunden, in dem die Insurgenten viele Gefangene verloren.

St. Petersburg, Dienstag 10 Februar.

Das heutige „Journal de St. Petersbourg" bringt ein Telegramm aus Warschau, wonach gestern eine Insurgentenschaar, welche den Wald bei Skierniewice okkupirte, zersprengt, 50 getödtet und 40 gefangen worden. Aus Wilna wird von gestern gemeldet, daß vom General Maniukin eine Abtheilung der Aufständischen in der Nähe von Semiaticzy vollständig zersprengt worden ist. Der Verlust der Insurgenten betrug 1600; die Russen hatten 12 Todte, worunter 6 Offiziere. Das Dorf Semiaticzy ist verbrannt.

Pesth, Dienstag 10. Februar.

Der „Sürgöny" dementirt in einem Wiener Briefe die Gerüchte von der Errichtung eines besonderen Ministeriums für Ungarn.

Turin, Montag, 9. Februar.

Auf der Tagesordnung der Deputirtenkammer stand die Interpellation des Abgeordneten Petrucelli über die Vorgänge in Polen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten bat die Kammer, sich nicht auf diese Diskussion einzulassen. Die Regierung sei nicht im Besitz hinreichender Information, um die Ereignisse würdigen zu können; sie werde dem Gesandten in Petersburg Instructionen geben, die den Interessen der zwischen Italien und Rußland bestehenden Freundschaft entsprechen und zugleich die liberalen Prinzipien wahren sollten. Petrucelli meint, es würde eine Schmach für Italien sein, die Diskussion abzuschneiden, während die Volksvertretungen in England, Frankreich und Schweden den Polen Zeugnisse ihrer Theilnahme gesandt hätten. Crispi und Brofferio unterstützen ihn; Miceli beschwert sich (mit Bezug auf die Vorfälle in Genua), daß das Ministerium Demonstrationen des Publikums zu Gunsten Polens hintertreibe. Farini mahnt zur Vorsicht, so nothwendig in auswärtigen Fragen, und hält die Diskussion für gefährlich. Georgini und Lanza erklären, daß die Majorität dieselben Gesinnungen für Polen hege wie die Minorität, aber die Diskussion ablehne, weil es der Würde des Parlaments nicht angemessen sei, ein unfruchtbares Votum abzugeben. Die Kammer geht in Erwägung, daß es nicht zeitgemäß sei, in diesem Augenblick die Interpellation zuzulassen, zur Tagesordnung über.

— In der Deputirtenkammer stellt Musolino eine Anfrage über das Gerücht, daß die Insel Elba an Frankreich abgetreten sei. Der Minister der Auswärtigen erklärt dasselbe auf das Bestimmteste für unbegründet.

Paris, Dienstag 10. Februar.

In der gestrigen Sitzung des Corps législatif wurde zunächst der Paragraph der Adresse, der sich auf Amerika bezieht, angenommen. In Betreff Italiens ist die Adreßkommission der Ansicht, daß Frankreich keine Verpflichtung habe, Rom den Italienern zu geben. Die Diskussion dreht sich um das Amendement von Jules Favre, welches verlangt, daß die französische Occupation ein Ende nehme. Favre sagt, seit der Expedition Garibaldi's sei mit der französischen Politik eine Wandelung vorgegangen. Er glaube aber nicht, daß eine neue Lösung möglich ist; Victor Emanuel werde auf die Einheit Italiens nicht verzichten, der Papst seine alten Provinzen nicht aufgeben. Der Redner bespöttelt die päpstlichen Reformen und verwirft die französische Politik, die entweder zweideutig oder impotent sei.

— Nachrichten aus Madrid vom 9. d. melden, daß Aurioles zum Justiz-, Ulloa zum Marineminister ernannt ist, und bezeichnen die Anflösung des Cortes als wahrscheinlich. Die Bank von Madrid hat den Diskonto auf 6 Prozent erhöht.

Itzehoe, Dienstag, 10. Februar.

Der Adreßentwurf resumirt die Beschwerden Holsteins, characterisirt die vorjährige Finanzwirthschaft, die trotz der den deutschen Mächten gegebenen Zusicherung geführt worden, namentlich die Verausgabung von Millionen zu Rüstungen ohne ständische Zustimmung, und die Errichtung einer holsteinischen Regierung als verfassnngswidrig und bekämpft die Herstellung eines Eiderstaates. Der inneren Zustände Schleswigs geschieht keine Erwähnung; dieses Schweigen erregt Mißstimmung.

London, Montag 9. Februar.

In der heutigen Unterhaussitzung eröffnete Lord Palmerston, daß auf die Anzeige der provisorischen Regierung Griechenlands von der Erwählung des Prinzen Alfred Lord Russel eine der Thronrede entsprechende Rückantwort ertheilen werde. Der Herzog von Koburg hat die Krone entschieden abgelehnt. Hennessy fragt Palmerston, ob es begründet sei, daß Oesterreich unter der Bedingung der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens seinen Beitritt zur englisch-französischen Allianz im Krimkriege zugesagt habe, und greift Palmerstons Politik gegenüber Polen im Jahre 1831 an. Er beantragt ferner den Erlaß einer Adresse an die Krone behufs Erzwingung der Einhaltung der Traktate von Seiten Rußlands. Der Sprecher untersagt die Discussion als formwidrig.

Rundschau.

Berlin, 10. Februar.

— Die heutige „Kreuzztg." theilt mit, daß gerüchtweise davon die Rede sei, einzelne Districte Westpreußens, besonders im Culmer Kreise, in Belagerungszustand zu erklären.

— Die „Norddeutsche Allg. Ztg." schreibt: Bezüglich des Verhaltens Preußens in der Polen-Angelegenheit soll eine Uebereinkunft mit dem Petersburger Cabinet durch General v. Alvensleben abgeschlossen worden sein.

— Dem Vernehmen nach werden, weil der Aufstand in Polen an Ausdehnung zugenommen hat, das erste und sechste Armeecorps, sowie eine Division des zweiten Corps zusammengezogen werden, um für alle Eventualitäten in Bereitschaft zu sein. Wie verlautet, soll bei diesen Truppentheilen das Bataillon auf 800 Mann gebracht werden.

— Es sollen bestimmte Anzeichen dafür vorliegen, daß das geheime Hauptkomitee der revolutionären Propaganda, welches die Rebellion in Polen leitet, augenblicklich in Dresden seinen Sitz hat. — Wie wir hören, ist gestern Abend der Befehl abgegangen, die unter dem Oberkommando des Generals v. Werder vereinten 4 Armeekorps zu kompletiren.

— In Posen hatte sich das Gerücht verbreitet, daß in Trzemeszno Gymnasiasten sich mit Revolvern, Pistolen und anderen Waffen versehen haben. In Folge der polizeilichen Anzeige, begab sich von Posen ein Schulrath an Ort und Stelle; die Resultate seiner Untersuchung sind noch nicht bekannt geworden. Am Freitag Nachmittag fand sich in den Räumen des Friedrich-Wilhelm-Gymnasinms in Posen ein Plakat vor, welches gegen die Schüler dieser Anstalt Drohungen enthielt.

— Die Fortschrittspartei hat beschlossen, in Betreff des Diätengesetzes das Parrisiussche Amendement aufzugeben und sich dem Beschlusse des linken Centrums auf vollständige Verwerfung der Vorlage anzuschließen. In Bezug auf die Antwort des Königs auf die Adresse, hat die Fortschrittspartei beschlossen, von jedem an dieselbe anzuknüpfenden Schritte zu abstrahiren.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat der Kriegsminister eine Novelle zum Militairgesetze von 1814 eingebracht. Hienach wird die Dienstzeit für die Landwehr ersten Aufgebots auf 4, für das zweite Aufgebot auf 5 Jahre festgesetzt. Die Landwehr-Kavallerie-Uebungen sollen künftig wegfallen, dagegen die Landwehr-Infanterie alle zwei Jahre zu einer 8—14 tägigen Uebung einberufen werden. Allen, die nicht unter der Fahne stehen, wird Freizügigkeit und die Freiheit zur Auswanderung zugestanden. Die Dienstzeit der Linie wird auf 7 Jahre normirt, wovon 4 auf die Reservistenzeit kommen. Gleichzeitig soll eine Regelung der Marine in Angriff genommen werden. Als Seedienstpflichtige sollen die Matrosen auf den Handelsschiffen herangezogen werden. Der Kriegsminister empfahl diese Vorlage der patriotischen Prüfung des Hauses. Es wurde die Einsetzung einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern beschlossen. — Der Gesetzentwurf über die Diäten der Abgg. wurde verworfen. Die nächste Sitzung ist unbestimmt.

Frankfurt a. M., 8. Febr. Die offizielle Mittheilung über die Bundestagssitzung v. 5 Febr. lautet:

Das Präsidium eröffnete die Sitzung mit der Anzeige, daß die Führung der 16. Stimmung von Hessen-Homburg auf Liechtenstein übergegangen sei. — Für Preußen wurde mitgetheilt, daß der Kommandant der Bundesfestung Luxemburg, Generalmajor von Voigts-Rhetz, unter Beförderung zum Commandeur der 7. Division, aus seiner bisherigen Stellung abberufen worden sei. — Bayern erklärte seinen Beitritt zu derjenigen Erklärung Oesterreichs, welche dieses in der Sitzung vom 22. v. M. unmittelbar nach erfolgter Abstimmung über die Ausschußanträge wegen Berufung einer Delegirtenversammlung hat abgeben lassen. — Hannover ließ anzeigen, daß seine Differenz mit Kurhessen wegen Erstattung der Verpflegungskosten für die kurhessischen Truppen, welche im Jahre 1849 das Königreich passirt hatten, durch Zahlung der entsprechenden Summe seitens Kurhessens vereinigt sei, und ließ demgemäß die früher erhobene Austrägalbeschwerde, unter dankbarer Anerkennung der von der Bundesversammlung gewährten Vermittelung, zurückziehen. — Für Sachsen-Altenburg wurde zur Anzeige gebracht, daß die bezüglich einiger Bestimmungen der deutschen Wechselordnung von der Nürnberger Handelsgesetzgebungs-Kommission gemachten Vorschläge nach vorgängiger Verabschiedung mit dem Landtage, im Herzogthum landesgesetzlich eingeführt worden seien.

Paris, 7. Febr. In der gestrigen Mexiko-Debatte im gesetzgebenden Körper setzte Picard auseinander, daß von den drei Mächten, welche mit der mexikanischen Regierung eine Rechnung abzumachen hätten, Frankreich die kleinste habe; Englands Forderung belaufe sich auf

300 Millionen; Spanien habe weit geringere Geld- aber nebenbei alte Herrschafts-Ansprüche; Frankreich aber habe in Mexiko sehr wenig verloren, sehr wenig Geld und legitime Rechte gar nicht. Baron David's Rede führte den Beweis, daß Mexiko eine europäische Frage sei und daß sich in diesem von Frankreich so hochherzig unternommenen Kriege die alte Welt gegen die neue Welt zu behaupten habe. Jules Favre sprach auch zwei Stunden lang.

Kopenhagen, 7. Febr. Die heute erschienene officielle „Dep.-Tidende“ enthält in dänischer und englischer Sprache den Ehecontrakt in Betreff der Vermählung des Prinzen von Wales und der Prinzessin Alexandra. Der von dem dänischen und englischen Bevollmächtigten, Conseilspräsident Hall und Herr Paget, unterm 15. Januar in Kopenhagen abgeschlossene Vertrag ist von der Königin von England am 21. v. Mts. und vom Könige von Dänemark am 29. v. Mts. unterzeichnet und ist am 4. d. M. der ratificirte Vertrag zwischen dem Conseilspräsidenten Hall und dem englischen Gesandten Herrn Paget ausgewechselt worden. Nach § 2 des Vertrages erhält die Prinzessin jährlich eine Summe von 10,000 Pf. Strl. zum eigenen Gebrauch, und in § 3 ist bestimmt, daß die Prinzessin, falls sie als Gemahlin des Prinzen von Wales Wittwe werden sollte, jährlich eine Summe von 30,000 Pf. Sterl. erhalten soll. Gleichzeitig mit dem Abschlusse des Vertrages hat der Conseilspräsident dem Herrn Paget eine Note überreicht, worin mitgetheilt wird, daß der König von Dänemark die erforderlichen Schritte gethan, um der Prinzessin eine Aussteuer von 100,000 Rthlr. R.-M. zukommen zu lassen.

— Der König ist nach längerer Abwesenheit von hier gestern Nachmittag auf Schloß Christiansburg eingetroffen.

— Das königliche Dampfschiff „Sleswig“ wird jetzt ausgerüstet, um Anfangs März die Prinzessin Alexandra von Korsör nach Kiel hinüber zu führen.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 11. Februar.

— Gestern Nachmittag ist von Berlin über Königsberg auf telegraphischem Wege der Befehl hier eingegangen, daß das Erste Armee-Corps und das 3. Garde-Regiment seine Reserven einziehen und sich kriegsbereit halten soll. Für den Fall, daß die Ordre zum Ausmarsch früher eintrifft, als die Ersatzmannschaften eingezogen, sind die erforderlichen Offiziere und Instructeure zur Ausbildung derselben designirt.

[Stadtverordneten-Sitzung am 10. Febr.]

Vorsitzender: Hr. Kaufmann Bischoff; als Magistrats-Commissarius ist angemeldet und erschienen: Hr. Stadt-Rath und Kämmerer Strauß; anwesend: 54 Mitglieder. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und angenommen. Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren Bode, Boeszermeny und Breitenbach ernannt. Hierauf wird zur Tagesordnung geschritten. Der erste Gegenstand derselben ist die Amtseinführung des Bürgermeisters Hrn. Dr. Lintz durch den Hrn. Oberbürgermeister Geh. Reg.-Rath von Winter. Mit dem Hrn. Oberbürgermeister und dem Hrn. Bürgermeister erscheinen sämmtliche Herren Stadt-Räthe im Sitzungssaal, um an dem feierlichen Act Theil zu nehmen. Der Hr. Oberbürgermeister spricht in seiner Einführungsrede zunächst den Herren Stadt-Verordneten den Dank dafür aus, daß sie, seinen Wunsch berücksichtigend, ihre Wahl auf Hrn. Dr. Lintz gelenkt. Sodann dankt er diesem selbst für die Annahme der Wahl. Denn es habe ihm daran gelegen, sich in seinem neuen Amte mit dem Manne zur gemeinsamen Arbeit zu vereinigen, der ihm in seiner früheren schweren Stellung treu zur Seite gestanden und stets mit Freudigkeit seine Pflicht erfüllt habe. Er sei überzeugt, daß derselbe die Freudigkeit treuer Pflichterfüllung in sein neues Amt mit hinüber nehmen würde. In diesem auch, das bisher von einem würdigen Manne verwaltet worden, seien, wie er sich schon während der kurzen Zeit seiner hiesigen Amtsführung überzeugt, große und schwerc Arbeiten zu vollbringen. Die Anforderungen, welche an ihn gestellt würden, seien bedeutende und sie würden dadurch geschärft, daß in der hiesigen Bürgerschaft der Sinn für Communalangelegenheiten auf das Lebhafteste erwacht sei. Es sei hier eine große Zahl von Männern der Ueberzeugung, daß die Grundlage jeder andern Tüchtigkeit in der Thätigkeit für das Gemeinwesen bestehe. Zum Schluß heißt es: Für den, der die Treue Ihres Characters, Hr. Bürgermeister, so erprobt hat, wie ich, ist es nicht nöthig, Ihnen noch Ihre Pflichten besonders an's Herz zu legen. Sie werden ausharren in der unerschütterlichen Treue zu unserm König und Herrn, wie zu der Verfassung, und diese Treue wird Ihnen stets als Richtschnur dienen in der Treue gegen unsere Stadt. — Der Hr. Bürgermeister Dr. Lintz dankt hierauf für das Vertrauen, welches die Wahl auf ihn gelenkt, und giebt die Versicherung, daß er durch seine Amtsführung dasselbe rechtfertigen werde. Er habe, sagt er, die Wahl mit Genugthuung und Freude angenommen, weil er sich wohl der Vorzüge eines Amtes im Communalfache vor einer Staatsanstellung bewußt sei. Die Stellung des Communalbeamten sei eine aus freier Wahl hervorgegangene und dieser Umstand erzeuge das Gefühl der Zusammengehörigkeit und das Verlangen in der aufopfernden Thätigkeit die höchste Ehre zu suchen. Die Unabhängigkeit des Communalbeamten sei hoch zu schätzen; seine Thätigkeit sei nicht der wechselnden Politik der Regierung ausgesetzt, und könne dadurch sich freier und selbstständiger entfalten. Die Gelegenheit, sich als Beamter an der lebhaften Bewegung des Communallebens hiesiger Stadt zu betheiligen, sei aber doppelt lockend; denn ihre große Vergangenheit liefere die Bürgschaft dafür, daß sie auch eine große Zukunft habe. Schließlich bittet der Hr. Bürgermeister die Vertreter der Stadt, ihn ganz als den Ihrigen anzusehen. Nachdem ihm hierauf von dem Hrn. Oberbürgermeister der Eid abgenommen, wendet sich den Vorsteher der Versammlung, Hr. Bischoff, an den Hrn. Eingeführten und weist auf die Wichtigkeit des übernommenen Amtes hin, welches ihm Gelegenheit zn einer erfolgreichen Thätigkeit biete und ihn aufforderte mit Treue und Liebe für das Wohl der gesammten Einwohnerschaft unserer Stadt mit allen Kräften zu sorgen. Der Herr Bürgermeister habe sich die Erreichung dieses Zieles zur Aufgabe gestellt. Er könne versichert sein, daß er in allen seinen auf dasselbe gerichteten Bestrebungen von Seiten der Versammlung die lebhafteste Unterstützung finden würde, und so würde er es unter Leitung des Hrn. Oberbürgermeisters und im Verein mit den städtischen Beamten sicher erreichen, und der Dank und die Liebe der Bürgerschaft würden ihm zu Theil werden. Der Herr Vorsteher schließt seine Rede mit den Worten: „In der Hoffnung, daß Ihre und unsere Wünsche alle in Erfüllung gehen, heiße ich Sie im Namen der Versammlung herzlich willkommen!“ — Nach dem feierlichen Act der Amtseinführung, der auf alle Anwesende den besten Eindruck gemacht, wird ungesäumt in der Tagesordnung fortgefahren und Mittheilung über ein eingegangenes Dankschreiben und eine Subscriptions-Einladung auf Preußens Gedenkbuch von Kohlheim gemacht, wie auch über den neu eingegangenen Betriebsbericht der Gasanstalt. — Ferner wird die Niederschlagung einer Miethssteuersumme von 13 Thlrn. 14 Sgr. und die Erlassung der Realabgaben des Marien-Krankenhauses für das Jahr 1862 bewilligt. Die Versammlung spricht sich für die letztere Bewilligung um so bereitwilliger aus, als das Marien-Krankenhaus im vergangenen Jahre 100 Kranke aus der Stadt aufgenommen. An Stelle des Herrn Bezirksvorstehers v. d. Lippe, der anzeigt, sein Amt niederlegen zu wollen, wird der Herr Fabrikant A. G. Miller und an Stelle des Herrn Hofglasermeisters Borrasch, der sein Schiedsrichteramt niederlegt, Herr Kaufmann Schmeichel gewählt. — Inzwischen erscheint der Herr Oberbürgermeister wieder im Saal, um an der Sitzung Theil zu nehmen. Der Herr Vorsitzende theilt ein Schreiben der Kgl. Regierung mit, betreffend die Diäten für die Mitglieder der Einschätzungs-Commission der Gebäudesteuer. Die Königl. Regierung bewilligt in diesem Schreiben jedem Mitglied für einen 8stündigen Arbeitstag einen Diätensatz von 2½ Thlr. In Betreff dieser Bewilligung bringt Herr Damme im Verein mit den Herren Biber, Schirmacher, Berger, F. W. Krüger, Fr. Hendewerk, Schottler und Stattmiller folgenden Antrag ein: Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, zu erklären: In Erwägung, daß die zu erwählende Abschätzungs-Commission höchst wahrscheinlich nicht in der Lage sein dürfe, über den Rest eines Tages, an welchen sie irgendwie, wenn auch nur auf Stunden, mit den Gebäudesteuer-Angelegenheiten beschäftigt sein möchten, anderweitig mit Sicherheit disponiren zu können, — in fernerer Erwägung, daß es dem Herrn Ausführungs-Commissarius der Königl. Regierung ein Leichtes sein kann und muß, die Geschäfte zu leiten, daß die Arbeiten in der Regel die ganze Arbeitszeit eines Tages ausfüllen, und nur selten auf einzelne Stunden zu beschränken sind, — endlich in Erwägung, daß der verlangte und bewilligte Diätensatz von 2½ Thlr. nur als eine sehr bescheidene Renumeration zu betrachten ist und sich zu einer Verkümmerung durch Verlangen von Gratisarbeit — wie solches in dem Schreiben des Herrn Ausführungs-Commissarius v. 25. v. Mts. ausgesprochen ist — nicht wohl eignet, — sieht die Versammlung — so lange nicht die Königl. Regierung erklärt hat, daß der Diätensatz von 2½ thlr. auch für angefangene Arbeitstage gewährt werden soll, — sich außer Stande, die Annahme der Wahl Jemandem, den sie sonst für qualificirt hält, zuzumuthen. Die Stadtverordneten-Versammlung muß daher die Wahl aussetzen nnd ersucht den Magistrat, die bezeichnete Erklärung der Königl. Regierung zu veranlassen.

(Schluß folgt.)

— Die in unserm gestrigen Bericht über die Versammlung der hiesigen Ortsverbrüderung des deutschen Handwerkerbundes erwähnte Petition, betreffend Gewerbegeräthe und Gewerbegerichte, lautet wie folgt:

Hohes Staatsministerium! Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ein Hohes Staatsministerium nach Kräften bemüht ist, das Wohl aller Stände, also auch das Wohl eines der zahlreichsten im Lande, des Handwerkerstandes, zu fördern und zu wahren, wagen wir es im Interosse desselben, in Nachstehendem unsere Meinungen und Wünsche in Betreff einer organischen Vertretung des Handwerkerstandes Hochdemselben zur geneigten Erwägung zu unterbreiten. Die Verordnung vom 9. Februar 1849 hat dem Handwerkerstande in den Gewerberäthen und den Gewerbegerichten eine antheilige Selbstverwaltung und eine Vertretung geschaffen, die aber, weil sie an vielen Mängeln leidet, nach keiner Seite hin den gehofften Erfolg gehabt, nach den an sie gemachten Ansprüchen genügt hat. Die Gewerberäthe, welche überhaupt nur spärlich entstanden, trugen den Keim zu ihrer Auflösung zumeist schon in sich, da die lebendige Wirksamkeit der einzelnen Faktoren fast immer an der Gegenwirkung der andern erstarb. Der Handwerkerstand, bis dahin ganz ohne Vertretung, drang zum Theil mit Ungestüm auf die Errichtung der Gewerberäthe, er sah in ihnen die Verwirklichung der sehnlich gewünschten Selbstverwaltung und einer kräftigen Vertretung seiner lange genug vernachlässigten Institutionen und Interessen, und wo überhaupt Gewerberäthe entstanden, sind sie nur durch das beharrliche Streben der Handwerker gegenüber dem Widerstreben der meist sehr büreaukratisch gefärbten Magistrāte zu Stande gekommen. Aber trotz der großen Hoffnungen, welche die Handwerker insonderheit anf den Gewerberath gesetzt hatten, war es den Vertretern derselben bei dem besten Willen nicht möglich, etwas Erhebliches für ihren Stand zu leisten. Schon die äußere Zusammensetzung des Instituts aus Handwerkern, Fabrikanten nnd Kaufleuten und die Anordnung über die Gültigkeit der Beschlüsse ließ die Handwerker nie zur Geltung kommen. Es ist uns nie recht einleuchtend gewesen, warum alle Beschlüsse der Handwerkerabtheilung erst Gültigkeit haben sollten, nachdem solche die Plenarversammlung, also die Fabrikanten und Kaufleute gutgeheißen hatten, obgleich der Gewerberath durchaus keine Exekutive besaß, sondern immer mit der Ausführung seiner Beschlüsse auf den guten Willen der Behörden angewiesen war. Wenn es nun noch als angemessen erachtet werden darf, daß die Handwerker und Fabrikanten zusammen beriethen und geschlcssen, da vielfache Berührungspunkte zwischen diesen beiden Faktoren vorhanden sind, so ist es für uns bis heute noch viel weniger aufgeklärt, was die Kaufleute, deren Interessen dort gar nicht in Frage kamen, denn eigentlich, als die überall den Ausschlag gebenden, im Gewerberathe sollten, zumal sie ja außerdem eine viel bessere und selbstständige Vertretung in den Handelskammern besitzen. Es ist ferner ein nicht zu unterschätzender Uebelstand, daß die Gewerberäthe selbst da, wo durch große Selbstverleugnung und Unterordnung einige Harmonie hergestellt war, einen äußerst beschränkten Wirkungskreis hatten und selbstständig auch nicht das Kleinste für ihre Interessen thun konnten und durften, sondern daß sie mit ihren gut gemeinten Anträgen immer nur auf die Willfährigkeit der oft eifersüchtigen Magistrāte angewiesen waren, welches Verhältniß sehr oft Streitigkeiten und Bitterkeiten zur Folge hatte. Kein Wunder, wenn die mit Hoffnung und Vertrauen vom Handwerkerstande gewählten Männer, selbst wenn solche mit Fähigkeiten begabt, guten Willen und Ausdauer hatten, ermüdeten und das Vertrauen verloren, kein Wunder, wenn das ganze Institut selbst bei denen, welche mit Beharrlichkeit die Errichtung desselben betrieben hatten, nach und nach in Mißkredit kam und aller Sympathien baar wurde. Die Gewerberäthe trugen sowohl durch ihre Zusammensetzung als durch die dadurch bedingte innere Aufhebung der Freiheit der einzelnen lebensfähigen Gruppen den Keim der Auflösung in sich und haben sich folgerichtig auch zumeist selbst wieder aufgelöst, nur wenige bestehen bis heute fort. Wenn nun in der jüngsten Zeit auch gegen die letzten Sturm gelaufen wird, so ist das leicht erklärlich bei der augenblicklichen Gestaltung der politischen Parteien und deren Forderungen, abgesehen davon, daß das dauernde Zahlen einer direkten Abgabe zur Erhaltung des Instituts auch die weniger politisch Erregten gegen das Institut mindestens gleichgültig macht. Wie die Verordnung vom 9. Febr. 1849, deren principielle Aufrechthaltung und Verbesserung wir erstreben, noch an manchen anderen Stellen nur zu sehr den Character eines wohlgemeinten Versuchs an sich trägt und der Verbesserung fähig ist, so ist dies vorzugsweise mit dem Institute der Gewerberäthe der Fall. Wir sind nicht für die Verwerfung einer Interessenvertretung durch den Gewerberath, sondern wir erstreben eine zweckmäßigere und zweckentsprechendere Vertretung, denn wir fühlen, daß dieselbe in der gegebenen Form nicht mehr haltbar ist. Noch seltener als die Gewerberäthe sind die gleichzeitig verordneten Gewerbegerichte ins Leben getreten. Es mag dies außer den für die Gewerberäthe geltenden Gründen noch mehr darin seinen Grund haben, daß die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu sehr von den, in den alten Provinzen bei den Innungen bestehenden Gebräuchen und usancemäßigen Rechten abweichen. Dieselben, eine Nachahmung der französischen Conseils de prud'hommes, sind nur zum Theil in der Rheinprovinz zur Ausführung gelangt. Dahin zielende Anträge der Handwerker an anderen Orten wurden in der Regel von den Magisträten dadurch beseitigt, daß man verbesserte Innungsgerichte versprach. Wie ungenügend die letzteren aber sind und wie mangelhaft das Verfahren bei denselben ist, darüber dürften die Berliner Gewerbetreibenden und namentlich die Innungsvorsteher ein eigenthümliches Bild in Beispielen machen können. Wir wollen damit Niemanden zu nahe treten und auch die sogenannten Innungsgerichte nicht verwerfen, so lange wir nichts Besseres haben; wir wollen hierbei nur noch bemerken, daß wenn letzteres Institut weniger in Mißgunst steht als der Gewerberath, dies darin seinen Grund hat, daß solches sich den bestehenden Gebräuchen mehr anschließt und den Interessenten keine Steuer kostet. Wir fassen unsere Wünsche in dieser Richtung dahin zusammen: Der Gewerberath möge in eine Gewerbekammer umgewandelt werden, welche gleichzeitig auch als Gewerbegericht zu constituiren ist. Die Gewerbekammer muß überall den Charakter einer Versammlung von Delegirten aller der Gewerbsindustrie angehörigen Einrichtungen und Corporationen an sich tragen und den Stand der Handwerker technisch vertreten. Die Gewerbekammer würde demnach sein: 1) eine Körperschaft von Sachverständigen, deren Gutachten von Verwaltungsbehörden und Gerichten in technischen Fragen zu erfordern ist; 2) eine Verwaltungsbehörde für die Innungen und deren Einrichtungen sowie für die Kassenverbände für die Gesellen und Fabrikarbeiter mit den Befugnissen, welche in den Gewerbegesetzen den Gewerberäthen und Magisträten zustehen; 3) ein Gewerbegericht mit Zuweisung der Funktionen, welche das Gesetz vom 9. Februar 1849 den Gewerbegerichten übertragen hat und mit Beigabe eines staatlich bestellten Richters, ähnlich wie beim Handelsgericht. Die Wahl der Mitglieder der Gewerbekammer darf aber nicht nach Orts- oder Wahlbezirken vorgenommen werden, sondern soll von den Innungen und den sonst nach Art ihrer Beschäftigung zu trennenden und zu Wahlkörpern zu vereinigenden Industriellen und Fabrikanten ausgehen, so daß jede Innung und jede erhebliche Branche der Fabrikindustrie mindestens einen Vertreter hat. Die Gewerbekammer hat sich alsdann in eine Fabriken- und eine Handwerkerabtheilung zu trennen und jede Abtheilung beräth und beschließt in Sachen, die zu ihrem Ressort gehören, selbstständig; die Gewerbekammer tritt in Pleno nur zusammeu, wenn Fragen zur Entscheidung vorlie-

gen, die beide Abtheilungen berühren oder allgemeiner Natur sind. Die geringen Kosten des Instituts müssen aber aus Staats- oder Kommunalkassen bestritten werden. Als Motive fügen wir noch hinzu: Auf alle Fälle haben wir dahin zu streben, daß uns eine Vertretung von Fachmännern verbleibt resp. gegeben wird, denn obgleich wir durch die bestehende Staatsverfassung das Recht haben, uns bei der Wahl für das Haus der Abgeordneten zu betheiligen, und obgleich es den Anschein hat, als ob bei der großen Kopfzahl der Handwerker, letztere hierdurch in den Stand gesetzt seien ihre Interessen auch dort bei der Gesetzgebung zur Geltung zu bringen, so ist das bei der Beschaffenheit des Wahlgesetzes doch geradezu unmöglich, da hierdurch in den nach örtlicher Begrenzung abgetheilten Wahlbezirken, alle sich oft widerstrebenden Interessen zusammen gespannt werden, welche sich bei der Wahl bekämpfen und ihre Geltung gegenseitig aufheben. Dort ihre Interessen zur Geltung zu bringen, glückt höchstens den Großindustriellen und Geldmännern, welche durch die Klassenwahl begünstigt sind. Wir finden deshalb im Abgeordnetenhause, außer Richtern und Räthen, auch wohl Grundbesitzer, Kaufleute und Fabrikanten, aber niemals Handwerker. Wenn es nun unter allen diesen auch öfter Freunde des Handwerkerstandes oder solche Personen, welche sich für solche ausgeben, giebt, so hat sich doch in den letzten Kammersessionen bis zur Evidenz gezeigt, daß es mit unsern Freunden dort schlecht bestellt ist. Denn einmal sind die meisten dieser Männer mit unseren Verhältnissen und Sitten gar nicht vertraut und legen deshalb den Maßstab einer unpraktischen Doktrin an dieselben, oder sie verrechnen uns und unsere Angelegenheiten nach Geldeswerth und nach einer gewissen jetzt vorherrschenden Richtung der Volkswirthschaftslehre. Mit tiefer Betrübniß haben wir es sehen müssen, mit wie wenig Sachkenntniß und Verständniß dort unsere Angelegenheiten behandelt worden sind. Es steht deshalb bei uns allen längst fest, daß wir im Abgeordnetenhause keine Vertretung haben und so lange dies Wahlgesetz Geltung behält, auch keine haben werden. Sollen aber die Berufsklassen als solche, deren Interessen ja friedlich nebeneinander bestehen und sich oft durch einander bedingen, soll insonderheit der Handwerkerstand eine Vertretung haben, so ist solche nur möglich in der vorgeschlagenen Art. Das Bedürfniß eines Collegiums von Sachverständigen hat sich für den Gewerbestand schon längst fühlbar gemacht, denn die bestehenden Gewerberäthe sind vielfach als solche von den verschiedensten Behörden und namentlich von Gerichten in Anspruch genommen worden, obgleich ihnen durch das Gesetz eine solche Stellung nicht angewiesen war. Als Verwaltungsbehörde würde die Gewerbekammer in ihrem Ressort vieles leisten können, namentlich wenn ihr die Aufsicht über das Prüfungswesen, die Innungen und Gesellenverbindungen und deren Kassen übertragen würden; die einzelnen Mitglieder brächten ein größeres Verständniß der Sache mit als die meisten, doch immer anderen Lebensstellungen angehörigen Mitglieder der Magisträte. Das Gewerbegericht damit zu verbinden, hat nicht allein keine Schwierigkeiten, sondern würde der Gewerbekammer eine ihrer würdige Thätigkeit und eine ehrenvolle Stellung anweisen. Ein Hohes Staatsministerium bitten wir deshalb ehrerbietigst:

bei einer etwaigen Revision der Gewerbegesetze unsere Vorschläge berücksichtigen zu wollen, event. schon jetzt im Verwaltungswege eine unseren Wünschen entsprechende Vertretung des Handwerkerstandes, soweit dies nach den Gesetzen zulässig ist, anordnen zu wollen.

— Gestern hielt Herr Dr. Brandt zum Besten des Gewerbe-Vereins im großen Saale des Gewerbehauses einen Vortrag über Ernst Moritz Arndt, in welchem er das Leben dieses bedeutenden Mannes, der von dem nach Freiheit ringenden dankbaren Volk Vater des Volkes genannt wurde, mit den lebhaftesten Farben schilderte, und das größte Interesse sämmtlicher Zuhörer erweckte. Besonders wurde die literarische Thätigkeit des gefeierten Mannes hervorgehoben. Redner machte seine bedeutendsten prosaischen und poetischen Productionen namhaft und citirte manche schöne kernvolle und wahrhaft ergreifende Stelle aus denselben; er schilderte ferner die trüben und herben Schicksale, welche der ächt deutsche Mann für seine Geradheit und seinen wahrhaft deutschen Character erlitten. So kam er auch auf seine Amtsentsetzung zu sprechen, dann schilderte er die Triumphe, welche mit der im Jahre 1840 stattgehabten und vom Volk enthusiastisch aufgenommenen Wiedereinsetzung des jugendlichen Greises in sein Amt, von dem er seit zwanzig Jahren vertrieben, verbunden waren, ferner seinen Eintritt in das deutsche Parlament zu Frankfurt a. M. 1848 und die Begrüßung, welche ihm dabei zu Theil wurde; auch kam Redner auf seine Mitgliedschaft der Deputation zu sprechen, welche dem König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone überbringen sollte. Die Reise von Frankfurt a. M. nach Berlin war für Ernst Moritz Arndt ein wahrer Triumphzug. Redner schloß mit der Ermahnung, daß auch die heutige Zeit stets eingedenk sein möge des Vorkämpfers deutscher Freiheit und deutscher Wiedergeburt, und daß ein letzter Vers zu seinem Nationalliede vom deutschen Vaterlande, den sein edler Zeitgenosse Jahn im deutschen Parlament proponirte, bald von allen Deutschen gesungen werden möge. **H.**

— Die amtlichen Bekanntmachungen der Kgl. Marine erfolgen jetzt durch das Kgl. Reg.-Amtsblatt und werden Geschäftstreibende, welche auf Submissionen und Licitationen reflectiren, darauf aufmerksam gemacht.

— In Folge eines vorgekommenen Falles, daß von einem Waffenhändler eine Anzahl früher öffentlich verkaufter Marinegewehre jetzt an polnische Agenten käuflich überlassen, aber an der Grenze confiszirt worden, ist heute eine Polizei-Verordnung, betreffend den Waffenhandel, wiederholt in Erinnerung gebracht.

— Gestern Mittag fand im Kellergeschoß des Hauses Heiligegeistgasse 58 ein Schornsteinbrand statt, welcher unter Aufsicht der Feuerwehr gelöscht wurde.

Graudenz, 9. Febr. Den Abgang eines Theils der hier garnisionirenden Truppen nach Strasburg und Briesen war schon geeignet, die Aufmerksamkeit auf die gegenwärtig im Nachbarlande Polen herrschenden Unruhen in erhöhtem Maße hinzulenken, seit gestern hat dieses Interesse neuen Zündstoff erhalten. Am Vormittage nämlich durchlief das Gerücht die Stadt: ein Waffentransport sei in der Nähe des Vergnügungsortes Rehkrug angehalten worden, die Waffen in Revolvern und Dolchen bestehend, seien in einem Fortepianokasten versteckt gewesen, der Führer dieses Transports, ein Pole, sei sofort verhaftet und nebst den Waffen dem Gerichte übergeben, das Fuhrwerk gehöre einem Pächter aus der Nähe der Stadt Rehden und weitere Ermittelungen ständen nahe bevor. Die Richtigkeit dieser Angaben wurde demnächst auch zum größten Theile bestätigt. Seitens des Polizeipräsidiums zu Danzig war die Meldung hergelangt, daß in Danzig eine Quantität Waffen und Pulver zum Transport über Graudenz in einem Fortepianokasten verpackt, zur Eisenbahn gegeben worden, auch hatte sich, um diesen Transport zu inhibiren, ein besonders autorisirter Polizeikommissar eingefunden. Gendarmen hatten die Weisung bei Rehkrug aufzupassen und nahmen dort einen Wagen, worauf ein Instrumentenkasten ungewöhnlich schwer wiegend befindlich war, zum Rücktransport nach der Stadt nebst dessen Begleiter in Gewahrsam. Das leere Fuhrwerk verließ sodann etwa um 3 Uhr die Stadt, der Herr des Wagens und der Kasten waren im Gerichtsgefängniß zurückgeblieben. Alsbald begab sich auch eine Kommission des Gerichts in der Richtung nach Rehden auf die Reise. Wie man hört, hat das Gerücht nur insofern ins Grelle gemalt, als im Kasten lediglich alte, freilich schußfähige Gewehre verschiedener Sorten, also Infanteriegewehre, Vogel- und Jagdflinten ohne besondern Werth in Zahl von etwa 50, außerdem einige offenbar von einem Trödler angekauften Säbel, Degen und Sarrasse, also keine Revolver und keine Dolche aufgefunden worden sind. Darüber hinaus war aber auch eine Kiste mit Pulver vorhanden, deren Weitertransport nach der Festung angeordnet und bewirkt wurde. (G. G.)

— Am Sonnabend früh rückten noch 3 Compagnien des 45. Infanterie-Regiments unter Führung des Majors v. Schmeling nach Strasburg und 1 Compagnie unter Führung des Hauptmanns von Tempelhoff nach Briesen aus. Eine leichte Batterie hat Ordre zur Marschbereitschaft erhalten. Der Ausmarsch erfolgte in Folge dringender Requisitionen der Strasburger und Culmer Kreisbehörden, da sowohl bei Strasburg wie bei Briesen sich besorgnißerregende Bewegungen unter der diesseitigen polnischen Bevölkerung bemerklich machten. In Briesen sollen revolutionaire Plakate an den Straßenecken gefunden worden sein. Dem Wunsche des Culmer Landrathsamts, auch zwei Compagnien nach Culm zu senden, konnte die hiesige Commandantur nicht mehr entsprechen; es wird aber von Thorn Militair nach Culm rücken.

Thorn, 8. Febr. Heute Nachmittag rückten 2 Compagnien Infanterie nach Culm und Umgegend, obschon daselbst nach Aussage heute hier anwesender und glaubhafter Culmer die Ruhe bis gestern Abend nicht gestört worden ist, 2 Compagnien an die Grenze, nämlich nach Pr. Leibitsch und 1 nach Bahnhof und Dorf Otloczyn. Auch wird heute als zuverlässig mitgetheilt, daß das 5. königl. Inf.-Reg. aus Danzig in unsere Gegend kommen werde. — Nach Polen reisen sowohl über Myslowicz und über unsere Grenze viele Polen, meistentheils junge Leute, welche fast ausschließlich in französischer Sprache conversiren. Man hält sie für Zöglinge ausländischer Militairschulen. In Polen geht ein sehr bemerkenswerthes Gerücht von Mund zu Mund. Es heißt nämlich, daß in Rußland um Mitte dieses Monats eine Revolution ausbrechen werde. Sollte man nicht Etwas für bevorstehend halten, was man polnischerseits lebhaft wünscht? — (G. G.)

Lautenburg, 8. Febr. Obgleich unser Städtchen fast unmittelbar an der polnischen Grenze liegt, so hören wir von dem in Polen ausgebrochenen Aufstande gar nichts direct. Die wichtigsten Nachrichten erhalten wir lediglich durch die Presse. Das russische Haupt-Zollamt in dem ca. 1¼ Meilen von hier belegenen Alt-Zielun ist noch immer in Amtsthätigkeit, woraus hervorgeht, daß die Insurrection bis dahin sich noch nicht erstreckt.

Strasburg, 9. Febr. Unsere Stadt scheint als eine der äußersten Grenzstädte eine gewisse militairische Wichtigkeit erlangt zu haben, da seit gestern unsere Garnison durch das Füsilier-Bataillon des 45. Regiments und 50 Mann Ulanen der Riesenburger verstärkt worden ist. Auf Befehl des commandirenden Generals v. Werder rückt morgen eine Batterie Fuß-Artillerie aus Graudenz hier ein. Da unser Ort die eigentliche Garnison für das sämmtliche Militair bildet, das nur in Bewachung der Grenze abwechseln wird, so herrscht hier ein so reges Leben und Treiben, wie wir es seit dem Jahre 1830, dem letzten polnischen Aufstande, hier nicht kennen. Die Polen scheinen jetzt, wie man allgemein annimmt, mehr Chancen für glückliche Erfolge ihrer nationalen Bestrebungen zu haben, da Rußland durch die Reformbestrebungen des humanen Kaisers Alexander in eine Bewegung und Gährung gerathen ist, die der polnischen Erhebung ungemein günstig ist. — Aus unserem Kreise entlaufen eine Masse Knechte und Tagelöhner, von denen die meisten Reservisten und Landwehrleute sind, nach Polen, um sich den Insurgenten anzuschließen; zwei Emissaire, die die Leute zu diesem Schritte verführten, sind bereits festgenommen. Aus dem Posenschen soll der Zuzug der Landleute. d. h. nur solcher, die in unmittelbarem Dienst polnischer Edelleute stehen, nach Polen stärker sein, als hier, und sollen die Leute in großen geschlossenen Trupps der Grenze zueilen. Heute aus Polen geflüchtete deutsche Bauern schildern den Zustand des Landes als ganz entsetzlich. Insurgenten in kleineren und größeren Abtheilungen rauben und plündern, wo sie irgend eine Beute zu erlangen hoffen; keine Spur von Manneszucht, als wirkliche Räuberbanden verbreiten sie bei der Bevölkerung Schrecken und Angst und werden auch ihren Gesinnungsgenossen schon lästig. Ueber die Operationen des russischen Heeres verlautet nichts; möglich, daß die Regierung absichtlich damit geheim hält, um die Insurgenten desto sicherer überraschen zu können. (E. A.)

Soldau. Im Dorfe C. bewog jüngst ein Bauer, dessen von ihm geschiedene Frau das ihr gehörige Grundstück dem beiderseitigen Sohne hatte verschreiben lassen, zwei Knechte durch eine Belohnung von 50 Thlrn. zur Ermordung dieses Sohnes. Die Bravos erschlugen den jungen Mann mit ihren Holzäxten, und verbargen dann den Leichnam im Walde. Der unnatürliche Vater ist nebst einem der Mörder bereits gefänglich eingezogen, der andere Mörder aber entflohen.

Warschau, 8. Febr. Gestern hat hier eine entsetzliche That stattgefunden, die freilich mit der Politik nichts zu thun hat, die aber einen Beweis von der Frechheit der Verbrecher liefert. Der Hausknecht eines Hauses auf der Hopfenstraße hatte sich mit mehreren Spießgesellen verabredet, die Frau des Hausbesitzers, eines reichen Israeliten, Hantover mit Namen, der selbst gerade verreist war, zu ermorden und zu berauben. Der Frau selbst war es aufgefallen, wie noch lange nach Thoresschluß fortwährend Leute aus- und eingingen, und sie begab sich nun selbst an Ort und Stelle, um den Hausknecht zu fragen, warum das Thor nicht geschlossen sei. Hier fielen nun die Mörder über sie her, so wie über mehrere Miether, die auf das Geschrei der Frau Hantower herbeigeeilt waren. Dann ergriffen die Verbrecher die Flucht. Trotzdem der Tumult so groß war, daß er in den Nebenhäusern gehört wurde, ließ sich keine Polizei sehen und keiner der Mörder ist ergriffen.

Aus Polen, 8. Febr. Einschließlich der zwei Regimenter Cavallerie, welche von Petersburg in Polen eingetroffen, stehen gegenwärtig 120,000 Mann Kerntruppen in Polen, wonach die Besorgniß wegen unausreichender Macht der Regierung wohl sich von selbst behoben sehen mag. — Mit der Rekrutirung ist man größtentheils fertig und werden die ausgehobenen Leute aus den Kreisstädten allmälig nach Warschau befördert. — Daß sich provisorische Regierungen an mehreren Orten constituirt haben, ist von keinem Einfluß auf den Fortgang des Aufstandes; diese können noch vegetiren, wenn der Aufstand längst vorüber ist, wie damals der Landtag zu Warschau auch noch forttagte und Proklamationen erließ, während die Hauptstadt schon längst genommen war. — Die heutigen Nachrichten aus Warschau bestätigen das Gerücht, daß eine Deputation dem Großfürsten die Krone anbieten wollte, aber von diesem nicht angenommen worden ist. Laut derselben Nachricht beläuft sich die Zahl der unschädlich gemachten Leute aus den Insurgenten auf 896, wovon über 380 getödtet, die andern verwundet und gefangen wurden. Die Truppen sollen auch bereits gegen 94 Mann Getödtete und Verwundete zählen. — Es sollen sich in der Gegend, wo die Aufständischen noch hausen, Gemeinden zur gegenseitigen Beschützung der Waldbrüder, wie die Bauern die Insurgenten benennen, verbunden haben. Ein solcher Bauernbund hat auch einen im Walde wohnenden deutschen Holzhändler aus den Händen der Aufständischen befreit, die ihn wegschleppen wollten, weil er ihnen seine Klafterhölzer gegen die auf die künftige Regierung lautenden Quittungen nicht zum Gebrauch stellen wollte. — Einem Müller, welcher mit Mehl und Graupen nach Warschau zum Markte fuhr, nahm ein Haufe von etwa 50 Mann einige Werst vor den Thoren der Stadt seine Waare ab; der Anführer taxirte dieselbe auf 17 Rubel, stellte dem Müller eine Anweisung auf einen in der Vorstadt wohnenden Mann aus, der das Geld auch bezahlte.

— Das Gerücht von einem bedeutenden Gefecht zwischen den Truppen und Insurgenten bei Wonachock hat sich bestätigt. Die Insurgenten sind mit großem Verluste geschlagen worden. Amtl. Nachrichten fehlen noch.

— Die Morgenausgabe der „Schles. Ztg." hat zuverlässige Nachrichten erhalten, daß die Vorgänge in Polen einen sehr ernsten Charakter annehmen. Ein Bataillon Infanterie ist heute mittelst Extrazuges von Oppeln nach der Grenze befördert worden und andere Truppen werden im Laufe des Tages folgen; die Züge sind schon angesagt. Aus Myslowitz erfährt sie telegraphisch vom 7. d., daß ganz in der Nähe 3000 Insurgenten die Warschau-Wiener Bahn vollständig in ihrer Gewalt haben, und daß die Zahl der mit ihrem schwer verwundeten Kapitain übergetretenen und in Myslowitz untergebrachten Kosaken 60 beträgt.

— Die Emigration junger Leute aus der Stadt zu den Insurgenten ist massenhaft, besonders aus dem Handwerkerstand, so daß jetzt die Meister verschiedener Professionen sehr wenige Gesellen oder gar keine behalten haben. Aber auch junge Leute der vornehmen Klasse schließen sich den Insurgenten an. — Im Laufe der in der Wielopolski'schen Vergiftungssache eingeleiteten Untersuchung soll sich herausgestellt haben, daß eine Kammerjungfer der Markgräfin sich durch einen Apothekergehilfen, der ihr Bräutigam ist, Atropin zum Vergiften der Wielopolskischen Familie verschafft habe.

Fortsetzung der Rede des Hrn. Regier.- u. Schulrath Dr. Wantrup in der General-Versammlung des Preußischen Volks-Vereins vom 4. Febr. 1863.

Ferner wird angeführt „die neue Aera habe so viel Minister verbraucht; was wohl eine Sache werth sein könne, die so viel Minister verbraucht". Wir sind ganz überrascht, daß so Etwas ausgesprochen werden kann, denn das ist immer unsere alte Rede. Wir haben immer gesagt, es sei merkwürdig, wenn man nach Frankreich hinschaute, was z. B. die Julimonarchie für eine Anzahl von Ministern consumirt habe. Das Land ist dadurch nicht in bessern Zustand gekommen, aber es sind doch so und so viel mal die

Minister gewechselt. Wir haben es als einen Fehler betrachtet, wenn so viele Ministerien nach einander wechseln, aber das ist ja constitutionell!! Da fragt man nicht, ob die Minister für ihr Fach gebraucht werden können, sondern es wird immer gefragt nach politischen Prinzipien. So ein Minister kann heute mal Justizminister, morgen vielleicht landwirthschaftlicher, dann Handelsminister sein — kurz es ist mit den Ministern beinahe so wie mit den Mädchen für Alles (Heiterkeit!). Wir sind das in Preußen gar nicht gewohnt; wenn der König Minister gewählt hat, so hat er sie gewählt nach seiner besten Ueberzeugung, daß sie für das Fach, das sie verwalten sollen, brauchbar und tüchtig wären, und dann hat der Mann sein Departement verwalten und dafür aufkommen müssen. Nach der constitutionellen Schablone braucht der Minister aber von seinem Departement eigentlich nichts zu verstehen; dazu hat er seine Räthe; wenn er nur auf die constitutionelle Klopffechterei sich einlassen kann. Waldeck sagt „das Volk soll jetzt den Abgeordneten zur Seite stehen, so wie die Abgeordneten ihm auch zur Seite ständen." Wir fragen billig, was heißt das eigentlich? Man will doch nicht etwa, daß das Volk hinter dem Könige weggehen solle und sich hinter die Abgeordneten stelle, — das klingt doch ganz befremdlich! Ein anderer Abgeordneter meint: „Einer oder der andere Theil müßte weichen, das Haus werde nicht weichen, auch dann nicht, wenn die Verfassung fiele" — klingt ganz wie Permanenz. „Ehe die Abgeordneten sich einem restaurirten Absolutismus fügten, würden die heiligsten Bande des Staates zerreißen! Schiller, der Prophet der Fortschrittsleute, den wir ihnen aber streitig machen müssen, sagt in dem schönen Liede von der Glocke da, wo er singt von der heiligen Ordnung, der segensreichen Himmelstochter, die

— das heiligste der Bande
Wob, den Trieb zum Vaterlande!

Also die Liebe zum Vaterlande, die gleichbedeutend ist mit der Liebe zum Könige, wollen diese Herren in die Schanze schlagen, wenn sie ihren Willen nicht bekommen. Das nennt man in der neuesten Zeit den preußischen Patriotismus! (Bravo!) Das Stärkste, was jemals einem Minister gesagt ist, hat wohl der Abgeordnete Waldeck einem Minister gesagt. Er sagt „größere Scham habe ihm noch nie Etwas gemacht, als der Erlaß des Justizministers." Meine Herren, es ist keine Frage, daß ein Beamter, wenn er in der Kammer ist, freie Rede hat, aber ich sollte doch meinen, so eine gewisse Rücksicht gegen den Vorgesetzten in der Form, die könnte sich mit aller Freiheit der Rede recht wohl vertragen. Als man das hörte, mußte man nothwendig erinnert werden an mittelalterliche Zeiten, wo auch Fürsten sich in der damals etwas derben Manier vor aller Welt öffentlich Grobheiten sagten, und man konnte etwa denken, daß da ein — alter Graf von Waldeck einem Grafen zur Lippe etwas sagte. Der Graf zur Lippe gehört nicht zum niedern Adel von Deutschland, er ist ein Herr aus regierender fürstlicher Familie, und im Wege des Erbganges könnte er, was allerdings zunächst nicht wahrscheinlich ist, ein regierender deutscher Fürst werden, und muß sich in der Kammer so etwas ins Antlitz werfen lassen! Nehmen wir lieber an, der Abgeordnete Waldeck, weil der Graf zur Lippe ein Mann von hohem Adel ist, hat nicht statt seiner, sondern vor ihm sich schämen wollen, obschon der Abgeordnete Waldeck seit 1848 über manche Schwachheiten der Art hinweg zu sein scheint (Bravo!). Ein Abgeordneter sagt „der Staat muß leben, hat der Minister-Präsident gesagt. Ist das ein Staatsmann, der das sagen kann, der Staat muß leben." Dieser Abgeordnete hat es allerdings berufsmäßig mit der Zerschneidung der Leichen zu thun, und da hat er wohl den Organismus eines lebendigen Staats und dessen Forderungen nicht so recht würdigen können. Etwas aber hat uns große Freude gemacht, was wir von dem Abgeordneten Twesten gehört haben. Der hat gesagt: „unsere Partei sei nur regierungsfähig gegen den Willen des Volkes. Wir haben immer zugestanden, meine Herren, daß die Liberalen von pompöser Wirkung im Parlamente seien, von vernichtender Gewalt oft in einem Worte, wie z. B. der Abgeordnete Simson es ausgesprochen „kein Mann von Intelligenz könne anderer Meinung sein, als er und die Seinen." Nun sehen Sie, was das sagen will, das greift weit über Europa und weit über Alles hinaus, das ist eine ganz abstracte Allgemeinheit. Intelligenz ist ja überall, ist allgemein, wir haben ja auch hier in Danzig ein Intelligenzblatt, und mit diesem Schlage schlägt Simson viel mehr todt, als der alte Simson in der Bibel. (Bravo!) Der schlug mit einem Eselskinnbacken 1000 Philister, dieser aber schlägt mit seinem eigenen Kinnbacken gleich 30,000 Mitglieder des Volksvereins; (Bravo!) (so stark ungefähr ist der letztere) die schlägt er nieder; denn das sind alles Leute, die nicht seiner Meinung, folglich ganz ohne Intelligenz sind. Glücklicherweise sind wir von diesem Schlage auch so schmerzlos am Gehirne operirt, daß wir nun nicht an fixen Ideen leiden, was diesen Herren mitunter sehr stark passirt, weshalb sie auch nicht regierungsfähig sind. (Forts. folgt.)

Kirchliche Nachrichten vom 2. bis 9. Februar.

St. Marien. Getauft: Commis Markowski Tochter Maria Margar. Elise. Fuhrherr Beltzer Sohn George Cäsar Bruno.

Gestorben: Kaufmann Matthiessen unget. Sohn, ½ T., Lebensschwäche. Doctor Wiebe Sohn Ernst Richard, 1 J., Brechdurchfall. Kaufms.-Frau Rosa Ida Conradine Schwalm geb. Weyer, 30 J., Lungentuberkulose. Schlossermstr. Friedr. Adolph Strate, 20 J. 6 M., Zehrfieber. Fleischermstr. Wilhelm Sohn Gustav Adolph Friedr. Otto, 10 M., Brechdurchfall. Kaufmanns-Frau Ida Nathalie Kieckbusch geb. Ziehm, 28 J. 4 M., Gehirntyphus.

(Fortsetzung folgt.)

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königlichen Navigationsschule zu Danzig.

10	4	338,34	+ 2,2	Westl. frisch, bezogen.
11	8	335,75	3,6	do. stürmisch, do.
	12	336,02	5,0	WNW. do. abwechselnd hell und bewölkt.

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 11. Februar:

Weizen, 40 Last, 132pfd. fl. 537½; 126pfd. fl. 497½; 125pfd. fl. 475, 495. Alles pr. 85pfd.
Roggen, 121pfd. fl. 318; 125pfd. fl. 327 pr. 125pfd.
Gerste, gr., 116.17pfd. fl. 273.
Erbsen, w., fl. 294, 303, 306, 309.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 10. Februar:
C. F. Schultz, Friederike, v. Swinemünde, m. Ballast.
Angekommen am 11. Februar.
P. Plambeck, Gustav, v. Heiligenhafen, m. Ballast.
Ankommend: 1 Brigg, 1 Schooner und 1 Schiff.
Wind: WNW.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Oberst-Lieut. v. Born a. Selno. Pr.-Lieut. und Rittergutsbes. Steffens a. Kleschkau. Rittergutsbesitzer Knuht a. Owitz. Gutsbes. Baron v. d. Goltz aus Bonczeck u Matthias a. Königsberg. Die Kaufl. Hardt a. Rudesheim, Wolff a. Berlin, Michels a. Crefeld und Stemming a. Leipzig.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Boy a. Katzke. Gutsbes. Nadolny a. Kuhlitz. Kaufm. Sommer a. Schneeberg.

Schmelzer's Hotel:

Rentier Döring a. Neuteich. Gutsbes. Heinke aus Wittenberg. Buchhändler Kersten a. Leipzig. Die Kaufl. Steinitz u. Luditz a. Berlin, Schmidt a. Eilenburg und Wiegand a. Nierstein.

Hotel d'Oliva:

Die Kaufl. Straus a. Mainz, Sender a. Bernburg und Westphal a. Königsberg. Landwirth Friedmann a. Königsberg.

Hotel de Thorn:

Ober-Gärtner Smuraski a. Liebenthal. Gutsbes. Nickel a. Heiligenwald, Zimdars a. Mönchengrebin und Mix a. Kriefkohl. Die Kaufl. Adrian n. Gem. aus Elbing, Müller a. Chemnitz und Kehrer a. Stuttgart. Frau Justizräthin Hevelke n. Frl. Tochter a. Marienburg.

Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, den 12. Febr. (Abonnement suspendu.) **Fünfte Gastdarstellung** des Königl. Hannoverschen Hofopernsängers Herrn **Albert Niemann. Tannhäuser,** oder: **Der Sängerkrieg auf der Wartburg.** Große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Freitag, den 13. Februar. (5. Abonnement No. 15.) **Eine Parthie Piquet.** Lustspiel in 1 Akt von Fournier und Meier. Hierauf: **Der Vetter.** Lustspiel in 3 Acten von Benedix.

Für die am **15. Februar** c. **eintreffenden Ersatzmannschaften** werden noch **einige Militair-Miethsquartiere zu erhöhten Preisen** gesucht.

Meldungen nimmt bis **Donnerstag, den 12ten d. Mts.** entgegen

Das Servis- und Einquartierungs-Büreau.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.